iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Energiekrise | 24.10.2022 | Lesezeit 1 Min.

Bürger erwarten hohe Entlastungen

Die Menschen in Deutschland leiden unter hohen Preisen für Strom und Gas – und fordern Hilfe von der Politik. Eine Befragung von SINUS-Institut und IW zeigt, dass mehrheitlich Unterstützung für einkommensschwache Haushalte gewünscht ist. Die höchsten Forderungen nach Transferleistungen kommen dagegen aus der Mitte der Gesellschaft.

Ob Finanz- oder Corona-Krise – die deutsche Bevölkerung ist bislang wirtschaftlich relativ unbeschadet durch schwierige Zeiten manövriert worden. Doch in der aktuellen Energiekrise sind Wohlstandsverluste, auch in der Mitte der Gesellschaft, unausweichlich. Entsprechend gibt es Verteilungskonflikte.

Was sich die Bürger von der Politik an Hilfen wünschen, haben das SINUS-Institut und das IW in einer repräsentativen Online-Befragung in den ersten beiden Septemberwochen erhoben. Das Ergebnis ist erst mal eindeutig:

Nur 12 Prozent der Befragten sagten, der Staat habe bereits ausreichende Maßnahmen ergriffen.

Bemerkenswert ist dabei: Die Verkündung des dritten Entlastungspakets hatte auf diese Einschätzung keinen Einfluss.

> Die Bürger wünschen sich vom Staat einen Energiekostenzuschuss von durchschnittlich 648 Euro. Hochgerechnet wären das zusätzliche Staatsausgaben von knapp26 Milliarden Euro.

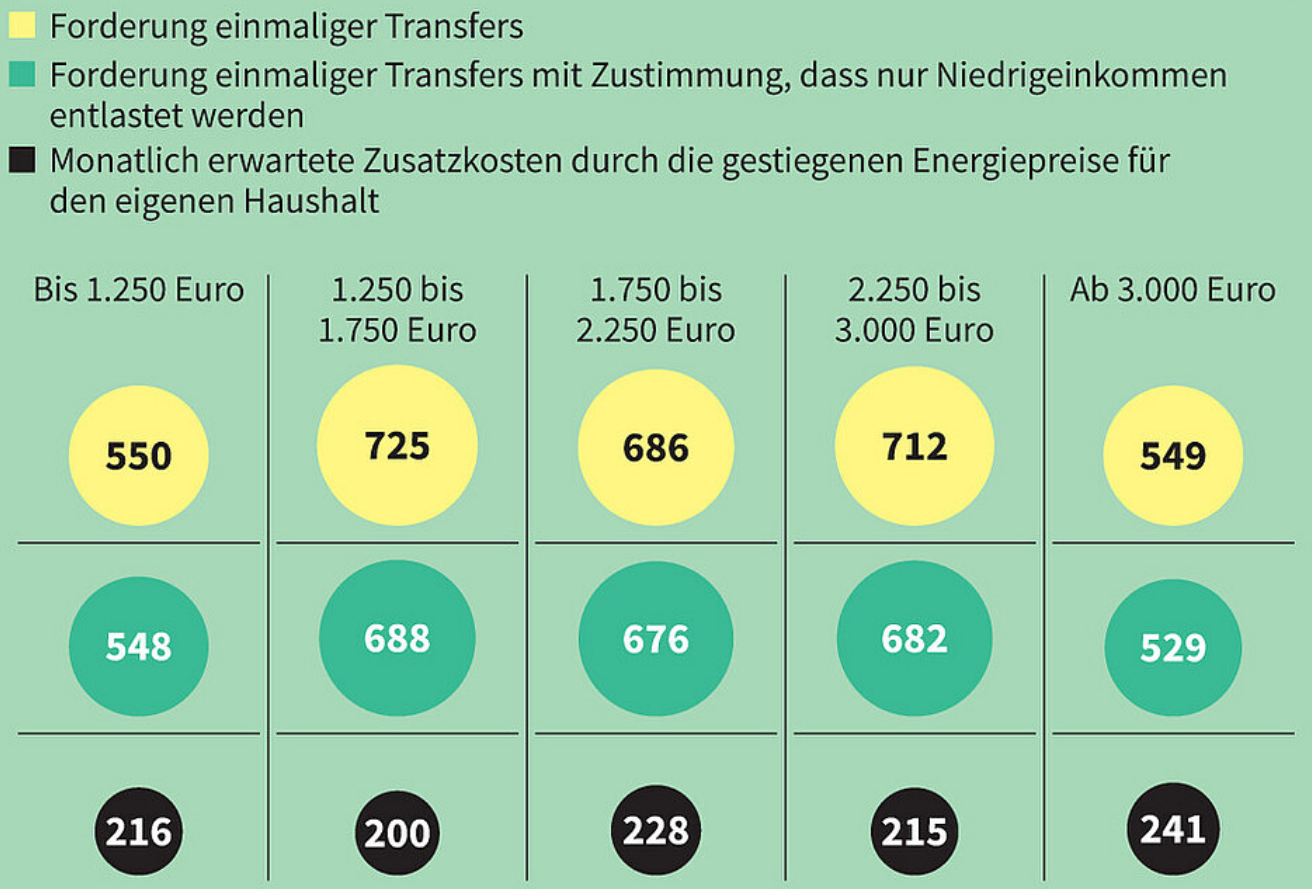
Bei der Frage, wem geholfen werden soll, gehen die Meinungen allerdings auseinander. 58 Prozent wünschen sich ausschließlich Entlastungen für Personen mit niedrigem Einkommen. Gerade in Haushalten mit Nettoeinkommen unter 1.500 Euro werden die Belastungen durch die hohen Energiekosten von 83 Prozent stark oder sehr stark wahrgenommen.

Die Befragten sollten zudem angeben, wie hoch ein staatlicher Zuschuss für sie ausfallen sollte (Grafik):

Während sich Menschen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen bis 1.250 Euro Transferleistungen von 550 Euro wünschen, verlangen Personen mit einem Nettoeinkommen von 1.250 bis 3.000 Euro mit durchschnittlich 700 Euro deutlich mehr.

Hohe Entlastungswünsche aus der Einkommensmitte

Bürger mit diesem bedarfsgewichteten monatlichen Haushaltseinkommen wünschen sich folgende einmalige Transferleistungen vom Staat, in Euro



Befragung von 2.010 Bundesbürgern

Quellen: SINUS-Institut, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Gutverdiener fordern dagegen weniger Zuwendungen. Über alle Einkommen hinweg betragen die gewünschten Transfers 648 Euro. Hochgerechnet wären damit zusätzliche Staatsausgaben von knapp 26 Milliarden Euro verbunden.

Die Auswertung zeigt, dass vor allem in der Mitte der Gesellschaft weniger Bereitschaft zu finanziellen Zumutungen besteht. Tatsache ist aber, dass der Staat die Mehrkosten der Energiekrise nicht dauerhaft kompensieren kann: Die heutigen Entlastungen sind für die Mittelschicht die Belastungen von morgen. Diese Erkenntnis dürfte bei vielen noch nicht angekommen sein.

Kernaussagen in Kürze:

- Nur 12 Prozent der Befragten einer Erhebung von SINUS-Institut und IW sagten, der Staat habe bereits ausreichende Maßnahmen in der Energiekrise ergriffen.
- Bei der Frage nach staatlichen Transferleistungen kommen die höchsten Forderungen aus der Mitte der Gesellschaft.
- Hochgerechnet würden die Wünsche aller Befragten nach Zuschüssen den Staat insgesamt rund 26 Milliarden Euro kosten.